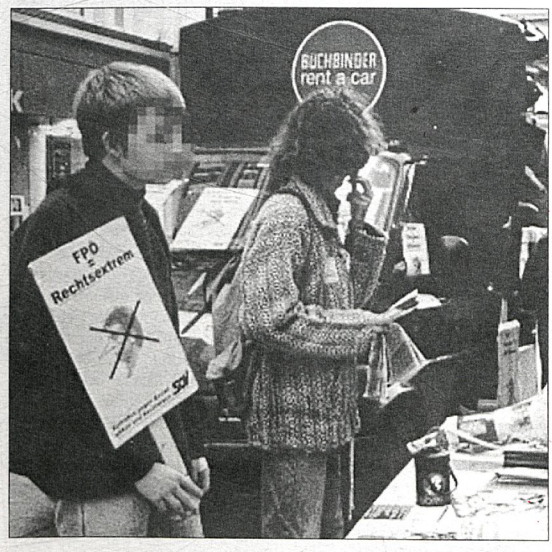
Oktober 1999 Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS

Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International öS 8.-

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts erscheint seit 1983 Nummer 97

Haider stoppen



Die Wahlen sind geschlagen, die FPÖ so stark wie nie zuvor. Die SPÖ erlitt eine historische Niederlage. Die ArbeiterInnen liefen in Scharen zu den NichtwählerInnen und den Freiheitlichen über. Realpolitisch bedeutet das Ergebnis zweierlei: Wachsende Instabilität und einen weiteren Rechtsruck. Hinter der bekannten prozentuellen Verteilung stehen folgende absolute Verschiebungen: Während die SPÖ seit 1995 über 330.000 und die ÖVP fast 200.000 WählerInnen verloren hat, gewann die FPÖ 130.000 dazu. Aber es gab um eine halbe Million mehr NichtwählerInnen als 1995.

David Mum
SOV Wien-West

Angesichts von vier Parteien, die sich als Parteien der Mitte (SP, VP, LiF, Grüne) präsentierten, ist es nicht verwunderlich, daß sich deren Anzahl auf drei reduzierte und die Wahlbeteiligung einen historsischen Tiefstand erreichte. Das Wahlergebnis drückt nicht nur einen Rechtsruck aus, sondern auch Ablehung und Desinteresse an einer Politik, die sich den Sachzwängen des Kapitals beugt und somit in vielen Bereichen die Unterschiede zwischen den Parteien minimierte.

Niederlage der SPÖ

Die Taktik der Spin doctors, vom war room aus einen amerikanisierten Allerweltswahlkampf zu führen, ging völlig daneben. Der Kanzler, der mit auswendig gelernten Stehsätzen, die immer und immer wiederholt wurden, punkten sollte, wirkte wie ein ferngesteuertes Kunstprodukt. Nach dem Debakel folgten zunächst die „üblichen" Lehren, die die Funktionäre seit mindestens zehn Jahren aus Niederlagen ziehen: Jetzt wird die Parteireform durchgesetzt, die SPÖ wird sich öffnen und muß sich mehr um die Sorgen der Menschen kümmern...

Die Tatsache, daß die SPÖ nun die Einführung eines Berufsheeres befürwortet, zeigt indes, wohin es geht: Machterhalt durch Zugeständnisse an die ÖVP. Denn während man offiziell als Garant gegen den NATO-Beitritt auftritt, setzt man dessen Erfordernisse praktisch um. Damit kann die ÖVP leben, denn in dieser Legislaturperiode wird die NATO keine neuen Mitglieder aufnehmen. Für die SPÖ-Führung stellt sich neben dem Streben nach Machterhalt um jeden Preis nur eine Alternative: Kampflos in die Opposition zu gehen. Nach links zu rutschen, Widerstand gegen Sozialabbau und Rechtsruck auf die Beine zu stellen – dazu ist diese Partei weder politisch fähig noch willens.

Die neue Regierung: Sozialabbau und Rechtsruck

Wie immer die neue Regierung aussieht, eines steht fest: die ArbeitnehmerInnen können sich „warm anziehen" (Zitat Haider) und auf weitere Sparpakete gefaßt machen. Die Regierung wird sich dem Ziel widmen, das Budgetdefizit zu halbieren. Das ist aber angesichts der Steuerreform, die Einnahmeausfälle von 32 Mrd. S. mit sich bringt, eine Aufgabe, die nicht ohne weitere Einschnitte und Sparmaßnahmen vonstatten gehen wird. WIFO-Chef Kramer gab die Route vor: „Wenn nichts passiert, explodiert das Budget weiter."

Auch die Stimmungsmache für eine weitere Pensionsreform, die von den Medien gezielt durchgeführt wurde und die Pensionen zum zentralen Wahlkampfthema machte, wird auf weitere Beitragserhöhungen und/oder Leistungskürzungen hinauslaufen. Der Rechtsruck am 3. Oktober ist auch die Basis auf der Wirtschaftsvertreter bereits Forderungen nach mehr und rascherem Sozialabbau eingebracht haben.

FPÖ – Dominanz droht!

Die Stimmen, daß man Haider jetzt nicht mehr ausgrenzen könne, werden so laut wie nie zuvor werden. SPÖ und ÖVP werden die FPÖ und ihre Funktionäre weiter ins politische System integrieren, egal ob es nun eine Koalition oder nur punktuelle Zusammenarbeit gibt. Weder SPÖ noch ÖVP werden die FPÖ auf irgend einer Ebene stoppen oder eine Politik betreiben, die dazu in der Lage wäre. ArbeitnehmerInnen, Lehrlinge, ImmigrantInnen, PensionistInnen, SchülerInnen und StudentInnen bleibt nichts anderes übrig, als sich darauf einzustellen, ihre Interessen gegen eine Regierung zu verteidigen, die eine noch rechtere Politik betreiben wird. Was steht auf der Tagesordnung der neuen Regierung: Berufsheer und Aufrüstung, Kinderbetreuungsscheck/ Karenzgeld für alle (die es brauchen) statt Kinderbetreuungsplätze und Chancen für die Frauen, verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen und Arbeitspflicht für Langzeitarbeitslose, Fortführung der restriktiven Nullzuwanderungspolitik und der rassistischen Polizeiübergriffe, Budgetkonsolidierung auf Kosten der sozial Schwachen und ArbeitnehmerInnen,...

Die Entscheidung fällt nicht im Parlament

Wieviel die Regierung davon durchsetzen kann, hängt nicht alleine von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament ab, sondern davon, was sich die Menschen gefallen lassen. Diesbezüglich sollte Österreich endlich „europareif" werden. Die rechte Berlusconi-Regierung in Italien wurde binnen eines Jahres unverrichteter Dinge durch von den Gewerkschaften organisierte Massenproteste verabschiedet, bevor sie ihr Programm erledigen konnte. Auch der Rechtsruck in Frankreich 1993/94 endete mit der Streikwelle 1995, die zur Abwahl der konservativen Regierung 1997 führte.

Also: Es ist nicht aller Tage abend, wenn jetzt die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden: Der Widerstand gegen Sozialabbau und Rechtsruck muß aufgebaut werden. Die SOV wird sich daran - wie schon in den letzten Jahren bei den Bewegungen gegen die Sparpakete und den SchülerInnen- und StudentInnenstreiks zentral beteiligen

Wir laden Euch ein, dies mit uns und bei uns zu tun.

Infos unter 01 - 524 63 10

Seite 2
Wahlanalyse

Seite 3
ÖGB: „Sicherheit im Wandel"???

Seite 4/5
Für eine neue ArbeiterInnenpartei

Seite 6
„Leben in der Platte"

Seite 7
Schwerpunkt Asien

Seite 8
Arbeitsplätze jetzt

Jetzt erst recht: Weg mit FPÖ und Rassismus

Kongreß von Jugend gegen Rassismus (JRE)

- Podiumsdiskussion „Rassistische Hetze – Rassistische Gesetze"
  Es diskutieren: Susi Jerusalem – Gemeinderätin der Grünen in Wien,
  eine Vertreterin der Afrikanischen Gemeinde in Wien, Philipp Fleischmann – JRE
- mehrere Arbeitskreise
- Internationale Gäste

Sa. 16.10. 13 Uhr
Amerlinghaus
7., Stiftgasse 8

Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt 1070 Wien, P.b.b., Zulassungsnummer 327808W97U; DVR.: 0820202

Der Standpunkt

Ein Herbstmärchen: Es war einmal

Michi Gehmacher

Ich wohne in Währing - da gibt's viele Schanigärten. Diese benütze ich im Sommer (der ja für politisch aktive Menschen mehr eine Sommerpause ist) für politische Gespräche mit FreundInnen und ArbeitskollegInnen. Lugner ist ja in diesem Sommer groß heraus gekommen. Jenes bunte Wochenmagazin, das seinen Namen vollkommen zu unrecht trägt, machte für ihn gratis Wahlwerbung. Er füllte die Titelbilder und so manche Meinungsforscher (z.B. OGM) gaben ihm Chancen fürs Parlament. Und das störte viele meiner GesprächspartnerInnen sehr - zu Recht. Bei diesem Thema kamen wir dann oft auf die KPÖ zu sprechen. Diese konnte mit Promikandidaturen eine gewisse Medienpräsenz erreichen. Aber bei den „Lugner-Festspielen" in News und ORF durfte sie nicht einmal das rote Krokodil spielen. Zu meinem Erstaunen meinten einige meiner FreundInnen, diesmal KPÖ zu wählen.

Der Herbst zog ins Land, die Schanigärten schlossen und die politische Arbeit wurde wieder intensiver. Der Prophet aus dem Bärental ernannte einen Kapitalisten zum neuen ArbeiterInnenführer. Die Riege der Kaffesudleser, sowie jene Personen, die von den Medien zur „geistigen Elite" des Landes hoch geschrieben werden, schreckten auf. So mußte Lugner als Sommerlochfüller abdanken und die Medien wandten sich wieder einmal der Frage zu, ob ER es schaffen würde, Bundeskanzler zu werden. Und wenn nicht, ob ER den Großkapitalisten beauftragen würde, eine Rutsche zur ÖVP zu legen. Und siehe da: Die meisten meiner Freunde hatten ihre Wahlentscheidung nun zugunsten des kleineren grünen oder des großen rosa Übels revidiert. Die Aussagen, warum man sich zum „taktischen Wählen" entschieden hatte, waren meist wortgleich. Wenn ER zweitstärkste Partei wird und wenn die Partei mit dem (selten gewordenen) Gurgelpropeller mit IHM eine Koalition macht, und wenn außerdem die blaßblaue Partei aus dem Parlament fliegt. Ja wenn das alles eintrifft... „dann kann ich es mir nicht verzeihen, eine verlorene Stimme abgegeben zu haben".

Und so entstand eine paradoxe Situation: Jene, die (aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen) das LIF im Parlament sehen wollen, wählten die rosa Partei mit Innenminister Schlögl, um IHN zu verhindern. Jene, die sich frischen Wind von links wünschen, wählten jene Grünen, die so links sind, daß sie eine höhere Aktienbesteuerung ablehnen; oder sie wählten jene SPÖ, die mit ihrer Sozial- und ImmigrantInnen-Politik den Freiheitlichen eine Gratiskarte zum Fischen in der ArbeiterInnenklasse geschenkt haben.

Zwei Dinge stören beim taktischen Wählen sehr: 1. daß Menschen ihre Wahlentscheidung von „Wenns" abhängig machen, die sie nicht entscheiden können. 2. daß es in diesem Land Meinungsforscher gibt, die sich anmaßen zu wissen, wie die Wahl ausgehen wird und „politische Vordenker", die sich mehr oder weniger anmaßen zu wissen, wer mit wem was nach der Wahl machen wird. Und damit vielen Menschen die Wahlentscheidung „abnehmen" bzw. aufdrängen.

Diese kaum 200 Personen des öffentlichen Lebens, die Zeitungskommentare und ORF-Debatten füllen, nehmen einen viel zu hohen Stellenwert in der Wahlentscheidung von politisch interessierten Menschen ein! Wenn ein Universitätsprofessor Anton Pelinka am Wahlabend vor hunderttausenden ZuschauerInnen davon spricht, daß Arbeiter, wenn ihr Wohlstand steigt, zum rechts wählen neigen, zeigt, daß es mit dieser „geistigen Elite" nicht weit her ist. Denn erstens ist diese Aussage ein aufgelegter Blödsinn und zweitens so pauschal gemacht, das sie wahrscheinlich jedem/r Pelinka-Studenten/in bei der Prüfung einen glatten Fleck einbringen würde! Jeder kriegt eben von den Herrschenden seine Rolle zugedacht, ein Lugner wie ein Pelinka!

Die Wahl ist vorbei und blau-schwarz ist stark wie nie zuvor. In Zukunft wird es darum gehen, eine echte Alternative zu diesem System aufzubauen. Bei den Entscheidungen, die dabei zu treffen sind, sollten wir uns mehr auf das konzentrieren, was wir tatsächlich beeinflussen können.

SOV aktiv

Der andere Wahlkampf

1.Oktober, Stephansplatz 19.00 Uhr: Haider spricht - und kaum jemand versteht ihn. Noch nie waren soviele GegnerInnen zu einer FPÖ-Kundgebung gekommen, um lautstark ihrem Unmut gegen die AusländerInnenhetze Luft zu machen. Nur wenige hundert Meter entfernt die Gegenkundgebung: Auf Initiative von SOV und JRE haben sich zahlreiche Organisationen angeschlossen. Darunter: Die Jugendabteilungen einiger Gewerkschaften, die KPÖ, Feykom – Dachverband kurdischer Verbände, die jüdische Kultusgemeinde, verschiedene linke Organisationen... Stellenweise bleiben über hundert PassantInnen stehen. Immer wieder ziehen TeilnehmerInnen dieser Kundgebung mit Anti-FPÖ-Schildern zur Haider-Veranstaltung. Anschließend versammeln sich hunderte Haider-GegnerInnen vor unserer Anti-FPÖ-Bühne, es wird lebhaft diskutiert. Rund 70 „Vorwärts" wurden verkauft, Dutzende Jugendliche unterschrieben weiter gegen die FPÖ aktiv sein zu wollen. Die SOV wird auch in den nächsten Wochen Aktionen gegen FPÖ und Rechtsruck initieren.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien; Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Wahlanalyse

Sieg der Unzufriedenen

Bei den Wahlen am 3. Oktober gab es einen klaren Sieger - die Unzufriedenheit. Ausdruck hat dies aber nicht nur im Erstarken der FPÖ gefunden, sondern vor allem in der historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 76,2%. Die wenigsten WählerInnen unterstützten mit ihrer Stimme ein Programm, viele stimmten aus taktischen Gründen für bzw. gegen eine Partei, viele wählten mit Bauweh das „kleinere Übel".

Sonja Grusch
SOV Wien Nord

Als weitere Sieger werden genannt: FPÖ, ÖVP und die Grünen. Klare Verlierer sind SPÖ und das LiF, das sich wohl noch bis zur Wiener Gemeinderatswahl 2001 durchwurschteln wird, um dann endgültig in der Versenkung zu verschwinden.

SPÖ: Alt, Angepaßt, Arrogant

Die SPÖ hat in den letzten Jahrzehnten einen enormen Wandlungsprozeß durchgemacht, der die Grundlage für das Desaster des 3. Oktobers bildet. Zwar hatte sich die Sozialdemokratie schon Anfang des Jahrhunderts von ernsthaft gesellschaftsverändernden Ansprüchen verabschiedet, aber sie trat doch bis Anfang der Achtziger Jahre als Partei auf, die sich für die Interessen der ArbeitnehmerInnen und der sozial Schwachen einsetzte (wenn auch immer nur im Rahmen des „wirtschaftlich Möglichen"). Mit den sich verschärfenden ökonomischen Rahmenbedingungen seit den Achtziger Jahren hat sie sich davon allerdings verabschiedet. Mit der Orientierung an „Sachzwängen", an „der Wirtschaft", am „Machbaren" verabschiedete sie sich von ihren Mitgliedern und letztlich auch von ihren WählerInnen.

Wer jünger als 35 ist, kennt die SPÖ nur mehr als eine Partei wie jede andere, mit schwammigem Programm, ohne klare Ziele, die stetig nach rechts wandert. Entsprechend kommen die SPÖ-WählerInnen in erster Linie aus der älteren Generation - je jünger, desto unbeliebter ist diese Partei, die für Sozialabbau, Rechtsruck und das Establishment steht. Arrogant mutet es an, wenn viele SPÖ-Spitzenpolitier die Ansicht vertreten, sie hätten „ohehin alles super gemacht, aber die WählerInnen honorieren das leider nicht". Daß die SPÖ wie schon bei den EU-Wahlen 1996 bei den Arbeitern von der FPÖ überholt worden ist, liegt nicht an der Ignoranz der WählerInnen, sondern an der Ignoranz der SPÖ. Da nützt es auch nichts, monatelang geschönte Arbeitslosen-Statistiken zu verkünden und die eigenen „Erfolge" zu preisen - Die Menschen sind nicht so vergesslich wie die SPÖ es gerne hätte: sie errinnern sich daran, daß durch die Privatisierung zehntausende Jobs veloren gingen, sie haben die Sparpakete und den Sozialabbau nicht vergessen.

Wer nun aber hofft, daß die SPÖ daraus lernen könnte, und meint, daß Klimas Ankündigung „Wir werden uns ändern" ein Signal nach links bedeutet, wird Opfer seiner eigenen Wünsche. In der SPÖ stehen alle Zeichen auf einen weiteren Schritt nach rechts. „Haiders Mann in der Regierung", der Klebeband-Minister Schlögl, der den rassistischen FPÖ-Wahlkampf noch mit Verhaftungswellen gegen Schwarze unterstützte, wird seit Monaten gepuscht. Und dem Wiener Bürgermeister Häupl fällt zu den FPÖ-Hetzplakaten nur ein, daß die eigene AusländerInnenpolitik der letzten Jahre nicht restriktiv genug war.

Aber daß auch eine rechte SPÖ-Politik kein adäquates Mittel ist, um die FPÖ zu stoppen, zeigt das Welser Wahlergebnis. Der erst vor kurzem zurückgetretene SPÖ-Bürgermeister Bregartner stand seit Jahren unter Kritik aus dem linken Lager wegen der „Braunen Flecken" in Wels, wegen seines zumindest eigenartigen Umganges mit dem rechtsextremen Lager. In der ehemaligen SPÖ-Hochburg Wels trennen SPÖ und FPÖ seit dem 3. Oktober noch gerade 2,7 % (716 Stimmen).

Schade ums LiF?

Daß viele WählerInnen diese Wahl äußerst ernst nahmen zeigt das schlechte Abschneiden der Lugner Partei DU ebenso wie das schlechte Abschneiden des LiF. Es gab einen Trend hin zu jenen Parteien, die als gefestigter gesehen wurden. Aber ist es Schade ums LiF? Zweifellos bezogen die Liberalen in einigen Fragen Positionen, die für Linke wichtig sind - gegen Rasissmus, für Gleichberechtigung von Homosexuellen, gegen die Kirche. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das LiF eine klar bürgerliche Partei ist, die in wirtschaftspolitischen Fragen mehr mit der FPÖ verbindet als von ihr trennt - Privatisierung, neoliberale Wirtschaftspolitik... Hinter Grundeinkommen und „Eigenverantwortung" steht letztlich ein „jeder ist sich selbst der nächste" und „wer arm ist, ist selber schuld". Der Abgang des LiF bringt eine Stärkung der Grünen mit sich, die allerdings in den letzten Jahren selbst abgerückt sind von ihren ehemals linken Ideen. Sie werden sich in den nächsten Jahren für ein gewisses links-liberales WählerInnenspektrum als einzige Alternative präsentieren können.

FPÖ - Ventil der Unzufriedenheit

Die FPÖ weist nach wie vor den höchsten Anteil von WechselwählerInnen auf (37 %) und wird nach wie vor von einem relativ großem Teil der Menschen als Möglichkeit gesehen, der Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Eine Unzufriedenheit, die sich nicht automatisch auf der Rechten kanalisieren muß. Natürlich ist Haider ein Faktor, der den Aufstieg der FPÖ erklärt. Ein weiterer ist das Klima v.a. bei AusländerInnenfragen, daß von der FPÖ vorgegeben und von der Regierung aufgegriffen wurde.

Ein anderer wichtiger Faktor ist aber auch das völlige Fehlen einer linken Alternative auf der Wahlebene. Zwar ist die KPÖ auch bei dieser Wahl wieder angetreten und konnte ihren Stimmenanteil fast verdoppeln. Ein Erfolg für die Linke ist das aber angesichts der Möglichkeiten, die es für eine linke Kandidatur gegeben hat, nicht. Die KPÖ hat es verabsäumt, eine kämpferische Alternative anzubieten, die breit verschiedene linke Strömungen und Organisationen zusammenfaßt, sich offensiv gegen die FPÖ stellt und sozialistische Antworten gibt. Stattdessen hat sie versucht, über prominente Spitzenkandidaten in die Medien zu kommen. Anstatt mit der FPÖ einen Kampf um die Stimmen der ArbeiterInnen aufzunehmen, hat die KPÖ versucht, den Grünen einige linksintelektuelle Stimmen streitig zu machen. Ein Konzept, daß scheitern mußte.

Das Erstarken der Rechten am 3. Oktober ist weder vom Himmel gefallen, noch darauf zurückzuführen, daß „die ÖsterreicherInnen rechts sind". Die Antwort kann nicht Auswandern oder Kopf-in-den-Sand-stecken sein, sondern muß bedeuten, jetzt sofort in die Sozialistische Offensive zu gehen!

ÖGB-Kongreß

Sicherheit im Wandel

Vom 11. bis 15.10 findet der 14. Bundeskongreß des ÖGB statt. Und der geplante Ablauf dieser Veranstaltung sagt schon viel über das Selbstverständnis des ÖGB aus!

Michael Gehmacher
SOV Wien-West

Den Anfang machen wie immer die Fraktionskonferenzen. Die FSG (SP-Fraktion), FCG (ÖVP) der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB), die Unabhängigen GewerkschaferInnen (UG) und die „Parteifreien Gewerkschafter Österreichs" bereiten sich auf den eigentlichen Kongreß vor. Bei den Regierungsfraktionen FSG und FCG haben die Fraktionskonferenzen eine wichtige psychologische Funktion: Hier findet – wenn überhaupt – die eigentliche politische Debatte statt. Am Kongreß danach gibt es erwartungsgemäß nur mehr Scheingefechte. FSG und FCG geht es dazu noch darum, den Delegierten das Gefühl zu geben, in der „großen Politik" mitmischen zu dürfen. Meistens sind deshalb wichtige Regierungsmitglieder – wie Kanzler oder Minister – anwesend und halten Referate. In den Fraktionen hat dann auch die „Basis" (wenn sie das Glück hat, delegiert zu sein) die Möglichkeit, die Politik des ÖGB zu kritisieren – natürlich hinter verschlossenen Türen. So wird „BasisfunktionärInnen" das Gefühl gegeben, es „denen da oben" ordentlich gegeben zu haben. Als Dank dafür, wird dann im Rahmen des Kongresses auch bei den unsinnigsten Anträgen brav die Hand gehoben. „Basis" und „Führung" so gleichsam gestärkt, steht einem „staatstragendem" Ablauf des Kongresses nichts mehr im Weg.

Für Gott und Vaterland?

Bevor es aber richtig los geht, gibt es noch einen Festgottesdienst im Stephansdom, zu dem jeder Delegierte auch ein Liederbuch bekommt. Eine Kostprobe gefällig? „Betriebsräte verlieren manchmal (...) ihren Einsatzwillen. Zeig ihnen, o Herr, die Quellen aus denen sie neue Kraft schöpfen können (...) Wir beten für alle Menschen, die in diesen schwierigen Zeiten ihren Arbeitsplatz verloren haben". Die Eröffnung findet dann im Beisein des Hrn. Bundespräsidenten statt, weshalb die Delegierten auch nochmals zur Pünktlichkeit ermahnt werden. Mit Reden von Häupl, Hostasch, Klima und Klestil, der Bundeshymne, der Konstituierung und Berichten geht der erste Kongreßtag vorüber – nicht jedoch ohne Empfang am Abend beim Wiener Bürgermeister. Danach geht´s zumindest programmgemäß in die Tiefen der Gewerkschaftspolitik. Aber schon das Motto „Sicherheit im Wandel" ist wieder irreführend. Denn die gemeinte soziale Sicherheit war auch in der Vergangenheit nichts Fixes. Es war die Angst vor einer starken Gewerkschaft und Sozialdemokratie und taktisches Kalkül, die die Unternehmer an den Verhandlungstisch und schließlich die „soziale Sicherheit" der 70-iger Jahre brachte. Eine „Wachstumspartnerschaft" zwischen Wirtschaft und ArbeitnehmerInnen, wie sie ÖGB-Chef Verzetnitsch in der Juni Nummer von „Arbeit und Wirtschaft" beschreibt, hat es demnach nie gegeben. Jeder Versuch, eine solche herzustellen, führt in die politische Sackgasse! Wessen Sicherheit befindet sich denn eigentlich im Wandel? Wie schaut „Wandel" aus? ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose spüren sehr wohl, daß ihre soziale Sicherheit einem Wandel unterzogen wird und das mit Zustimmung der Gewerkschaftsführung! Ob Computerexperte oder Hilfsarbeiterin - beide spüren, daß der Wert ihrer Arbeit einem Abwärtstrend unterliegt. Der Wandel der sozialen Sicherheit wird längst von den Unternehmern gestaltet, und das zum Negativen!

Zugeständnisse vorweg

Wer wissen will, wie der ÖGB hier eingreifen will, muß zwischen den Zeilen lesen. Z.B. zur Arbeitszeitverkürzung: „Der ÖGB hält eine weitere Senkung der wöchentliche Normalarbeitszeit auf 35 Stunden für notwendig. Die Umsetzung dieser Verkürzung in der Praxis der Arbeitsabläufe wird in vielen Bereichen mit einer weiteren Differenzierung der Arbeitsformen verbunden sein". Im Klartext: Der ÖGB bietet den Unternehmern weitere Flexibilisierungen der Arbeitszeit an. Also 35-Wochenstunden, rund um die Uhr, und ausdehnbar auf weit über 40 ohne Überstundenzuschläge.

„Bei der Novellierung des Arbeitszeitgesetzes wurde bereits ein Weg zur Arbeitszeitverkürzung im Verhandlungsweg aufgezeigt" heißt es weiter in den Kongreßunterlagen. Unterschiedlichen Schätzungen zu Folge brachten die Folgen dieser Novelle mehrere Milliarden Umverteilung von den ArbeitnehmerInnen zu den Unternehmern, weil haufenweise Überstundenzuschläge verlorengingen. Allein die mögliche zeitweilige Ausdehnung der täglichen und wöchentlichen Normalarbeitszeit, bringt den Sozialversicherungen einen geschätzten Ausfall von einer Milliarde an Beiträgen, weil eigentliche Überstunden nicht mehr bezahlt werden.

ÖGB in der Krise

Diesen Weg will der ÖGB weiter gehen. Dieser Kongreß kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der ÖGB in einer schweren Krise befindet. Der ÖGB braucht zu allererst eine Strategiedebatte, bei der mit den Fehlern der Vergangenheit aufgeräumt wird. Der Weg der Sozialpartnerschaft ist kein Mittel, die Probleme der Menschen zu lösen! Ein Weg, der allerdings sicher nicht freiwillig von der Führung beschritten wird, sondern von der Basis eingefordert werden muß. „Kämpfen wie in Frankreich statt leben wie in der USA" – dieses Motto zeigt eine bessere Strategie, um die anstehenden Probleme zu lösen! Gerade angesichts des Wahlergebnisses wird eine kämpferische Gewerkschaft zu einer zentralen Notwendigkeit um die kommenden Angriffe abwehren zu können.

PS: Die „Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld" etc. das zum Kongreß nominierte SOV-Mitglieder erhalten, spenden wir zur Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes unseren GenossInnen der sogenannten 3. Welt.

Michelin

Gewinne durch Jobvernichtung

Die Meldung, dass Michelin trotz einer Gewinnsteigerung von 17% im ersten Halbjahr 1999 einen Personalabbau um 7.500 Stellen in den nächsten drei Jahren plant, schlug wie eine Bombe ein. Dies gab Edouard Michelin bekannt, als er die Firma von seinem Vater übernommen hat. Die brutalen Managementmethoden zeigen sich darin, dass es zum Image eines gemachten Managers gehört, sich im wahrsten Sinn des Wortes auf Kosten der Belegschaft zu profilieren. Der Marktwert der Manager steigt mit dem Unternehmenswert und der Anzahl von MitarbeiterInnen, die er „freisetzt". So steigen die Börsenwerte von Unternehmen schon bei Ankündigungen von Personalabbau.

David Mum
SOV Wien-West

In einer ersten Reaktion verurteilte der sozialdemokratische Premier Jospin den Personalabbau. Gleichzeitig stellte er jedoch klar, daß er nicht daran denke, etwas dagegen zu unternehmen. „Man kann nicht alles vom Staat erwarten. Man kann die Wirtschaft nicht verwalten." Zwei Wochen später reagierte die Regierung doch auf den Druck der Basis und der linkeren Regierungsparteien (KP, Grüne). Und so änderte sich auch Jospins Meinung auf: „Der Staat muß sich neue, der Realität des Kapitalismus von heute angepaßte Regulierungsinstrumente zulegen." Interessant und beschäftigungspolitisch richtungsweisend, könnten aber die neuesten Vorschläge Jospins sein, die die französische Regierung aus Anlaß des Peronalabbaus bei Michelin plant:

1. Betriebe, die trotz günstiger Auftragslage massive Entlassungen vornehmen, sollen höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, andere dafür geringere.
2. Je mehr Beschäftigte eine Firma kündigt, desto mehr Beiträge soll sie an die Arbeitslosenversicherung abführen.
3. Wenn rentable Firmen Kündigungen vornehmen, erhalten sie keine staatlichen Zuschüsse mehr für Frühpensionierungen.
4. Betriebe, die in umfangreichem Ausmaß auf Leih- und Zeitarbeitsverträge zurückgreifen, werden im Rahmen eines Bonus-Malus-Systems negativ sanktioniert.
5. Der Staat billigt Sozialpläne nur noch, wenn vorher überprüft wird, ob der Personalabbau durch die 35-Stundenwoche nicht verhindert werden hätte können. Dazu muß noch erwähnt werden, dass die „französische" 35-Stundenwoche im Ausgleich zur Arbeitszeitverkürzung weitgehende Flexibilisierung und Deregulierung vorsieht.

Kein Grund zu jubeln

Es bleibt freilich abzuwarten, inwieweit diese Vorschläge wirklich so in die Praxis umgesetzt werden, da einige Punkte noch von den Sozialpartnern ausverhandelt werden sollen. Und diese haben auch den Übergang zur 35-Stundenwoche sehr verwässert. Denn die Arbeitszeitverkürzung wurde mit Flexibilisierungsschritten verbunden, die kaum große Beschäftigungseffekte erwarten lassen.Die Unternehmer erhalten pro Angestellten 130 vergünstigte Überstunden im Jahr, das sind fast drei Arbeitsstunden pro Woche. Diese sind nicht wie in Frankreich üblich ein Viertel höher zu bezahlen, sondern nur zehn Prozent. Überstunden müssen also nicht wie anfangs vorgesehen durch Zeitausgleich abgegolten werden. Trotzdem sind die oben angeführten Vorschläge insofern ein Schritt in die richtige Richtung, da sie offensichtlich eine nachträgliche Kurskorrektur darstellen, die auf massiven Widerstand von der Basis zurückzuführen ist. Die ArbeitnehmerInnen wollten die schlichte Tatsache nicht einsehen, dass sich der Staat nicht einmischen kann, wenn gewinnbringende Unternehmen, die oft auch noch mit beträchtlichen öffentlichen Mitteln, also Steuern subventioniert werden. Dieses Beispiel zeigt eines: das „gebetsmühlenartig" den Menschen eingepleute Dogma, der Staat habe sich in die Wirtschaft nicht einzumischen, ist bürgerliche Propaganda. Der Staat hat natürlich sehr wohl noch Gestaltungsmöglichkeiten auch bei einem geringerem „Verteilungsspielraum"; es fehlt lediglich der politische Wille. Warum gibt denn der Staat Subventionen an private Unternehmen, wenn er sich nicht einmischen soll? Wir würden den obigen Maßnahmen noch eine weitere hinzufügen. Wenn gewinnbringende Betriebe Menschen kündigen oder mit Standortverlagerung drohen, sollten sie vergesellschaftet werden. Eine gewinnbringende Produktion ist eine, bei der unter den gegebenen Bedingungen, der Nutzen der Erzeugnisse größer als deren Kosten ist. Die Gesellschaft soll sich diesen nicht von profitmaximierenden Unternehmern vorenthalten lassen.

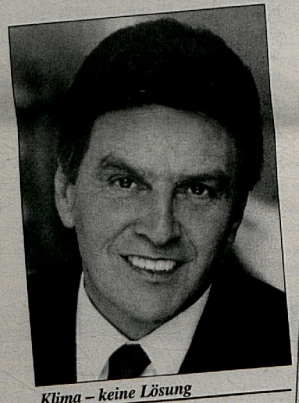
Die Nationratswahlen machen es deutlich:

Für eine neue ArbeiterIn

„Die SOV strebt die Bildung einer neuen ArbeiterInnenpartei und Bewegung in Österreich und Europa an" (aus dem Parteistatut der Sozialistischen Offensive Vorwärts). Die SOV ist die einzige Kraft in Österreich, die für dieses Ziel kämpft. Ein sinnloses Unterfangen angesichts von FPÖ-Wahlsiegen, gewerkschaftlicher Defensive und der Schwäche der Linken? Im Gegenteil: Selten zuvor war die Bildung einer solchen Partei so notwendig wie heute.

John Evers
SOV Wien-Mitte

Sowohl bei der Einkommensverteilung, der Entwicklung des Steueraufkommens und der Arbeitslosigkeit haben in den letzten 10 Jahren Umverteilung von unten nach oben und eine Politik auf Kosten der breiten Bevölkerungsmehrheit stattgefunden. Begleitet wurde diese Entwicklung durch deutliche Rückschritte in der Lebenssituation z.B. von Frauen, Jugendlichen und MigrantInnen. Vollzogen wurde diese Politik von einer sozialdemokatisch geführten Regierung. Politisch profitieren konnte vom Unmut und Protest gegen die „Sparpakete" praktisch nur eine Kraft: Die FPÖ mit



Klima – keine Lösung

ihren rechtspopulistischen Sprüchen. Ihr aktueller Höhenflug ist nur ein weiterer Punkt in einer Entwicklung, die vor allem die SPÖ zu verantworten hat. Entscheidend ist auch die Tatsache, daß in Österreich - im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten- kein nennenswerter Widerstand von unten oder von Seiten der Gewerkschaften gegen Sozialabbaumaßnahmen stattfindet.

Einheitsbrei

Tatsächlich gehen die sozialen Konzepte der großen Parteien in die selbe Richtung. Steuer- und Abgabenentlastung für die Reichen und sparen bei den Armen. Die ÖVP etwa will die Lohnnebenkosten (also Arbeitgeberbeiträge mit denen bisher z.B. Sozialleistungen finanziert wurden) um 30 Milliarden senken, Klima ist für eine Reduzierung der Abgabenquote um 56 Milliarden und die FPÖ will durch die „Flat Tax" Steuergeschenke im Rahmen von über 150 Milliarden an die Besitzenden machen. Die Gegenfinanzierung umreißt z.B das SPÖ-Papier „Strategie für Österreich": Sparsamkeit der öffentlichen Hand, Erhöhung der sozialen „Treffsicherheit", Deregulierung und Entbürokratisierung, Reduktion des staatlichen Einflusses auf die Kernbereiche, Elitenbildung – alles Schlagworte, hinter denen sich weitere Sozialabbaumaßnahmen verbergen. Selbst die Grünen setzen auf die „Senkung der Lohnnebenkosten", staatliche Unterstützung bei „Unternehmensgründungen" und den Abbau von „überholten Zunftmaßnahmen". Keine der Parlamentsparteien versteht sich als Partei der ArbeitnehmerInnen. Keine dieser Parteien fordert auch nur die Rücknahme aller Sparmaßnahmen.

Österreich mitten drin

Die Entwicklung der politischen Landschaft in Österreich findet nicht im luftleeren Raum statt: Sie ist eine Widerspiegelung internationaler

Haider – keine Lösung

Trends und Tendenzen. Sinkende Wirtschaftswachstumsraten, steigende Arbeitslosigkeit, Sparpakete und Sozialabbau haben das Europa der 90er Jahre überall gekennzeichnet. Diese Entwicklung der „objektiven" Situation wurde von einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß der traditionellen – v.a. sozialdemokratischen – ArbeiterInnenparteien begleitet. Politisch stehen diese Parteien der „neuen Mitte" inzwischen fest auf „neoliberalem" Boden: Die SPÖ verkündet auf Plakaten, daß nur neue Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen, Tony Blair setzt am letzten Labour-Party-Parteitag Talent und Einsatz mit persönlichem Wohlergehen gleich. Und die rot/grüne Koalition in Deutschland muß sich von der CDU/CSU sagen lassen, daß ihre Rentenpläne sozial unausgewogen wären. Die Sozialdemokratie heute steht für neoliberale Konzepte pur.

Wie ein Segel im Wind

Binnen weniger Monate, ja Wochen finden heute Wählerwanderungen statt, die es bisher nicht einmal über Jahrzehnte hinweg gegeben hat. Die ersten konkreten Erfahrungen mit der Schröderregierung haben die ehemals roten Hochburgen im Ruhrgebiet mit einem Schlag zum Einsturz gebracht.

Die Nationalratswahlen 1999 brachten einen Erdrutsch der sich unter der Oberfläche schon lange abzeichnet: Lange schon krachte und kracht es in den Landesorganisationen. Jetzt erhielt die SPÖ mit unter 34% das schlechteste Wahlergebnis in ihrer Geschichte. Nicht einmal sieben Prozent trennen sie noch von der FPÖ. Es ist der totale Zusammenbruch der SPÖ als ehemalige „ArbeiterInnenpartei", der sich hier festmacht: Die Freiheitlichen erhielten soviele Stimmen aus der ArbeiterInnenklasse wie nie zuvor. Gleichzeitig verlor die SPÖ noch mehr an die „Nichtwähler". Die ArbeiterInnenklasse hat heute keine Partei mehr, die sie als „ihre" (traditionelle) Partei ansieht.

Politisches Vakuum

Die Angriffe des Kapitals in den letzten Jahren auf die Säulen des Wohlfahrtsstaates – Pensionen, Bildung, Sozialversicherung und Gesundheitswesen – haben in breiten Teilen der arbeitenden Bevölkerung

Schüssel – keine Lösung

Empörung hervorgerufen. Sie haben die Notwendigkeit einer politischen Kraft, die Unmut und Widerstand zusammenfasst und organisiert, deutlich aufgezeigt. In das Loch, welches die Sozialdemokratie hinterläßt, sind verschiedene politische Kräfte eingedrungen: Dazu gehören rechtspopulistische und auch faschistische Parteien, wie Berlusconi, die Lega Nord und die faschistische AN in Italien, verschiedene Abspaltungen der Neogaulisten und der Front National in Frankreich, die Republikaner und die DVU in Deutschland... Die Aufwärtsentwicklung dieser Kräfte war aber teilweise widersprüchlich und kurzlebig. Starke rechte Regierungen, etwa in Frankreich und Italien, die von der Krise und Ablehnung des alten politischen Systems profitierten, wurden durch Massenbewegungen zu Fall gebracht. Eine Sonderrolle stellt hier die Entwicklung der FPÖ dar. Die Freiheitlichen befinden sich seit Haiders Machtübernahme 1986 – trotz Skandalen, Richtungsschwenks und internen Krisen - praktisch ununterbrochen im Aufwärtstrend. Dieser Aufstieg ist Ausdruck einer besonderen Situation in Österreich: Einer Situation, in der sich - mit ganz wenigen Ausnahmen - auf keiner Ebene ein Angebot für die ArbeiterInnenklasse links von der SPÖ formiert hat.

Haupttrend: Polarisierung von links

Daß ArbeiterInnen in Zeiten der zunehmenden sozialen und politischen Polarisierung „rechts" wählen, ist keinesfalls der Haupttrend, wie dies etwa der österreichische Politologe Anton Pelinka unterstellt.

In vielen europäischen Ländern haben die Stärkung von Linksparteien und nicht von rechten Populisten die öffentliche Debatte bestimmt: „Rote Gespenster" wie die PDS in Deutschland, die RC in Italien und die KPF in Frankreich gehen um. Sie haben zweifellos die Gesellschaft von links polarisiert, wurden und werden von ArbeiterInnen und Jugendlichen zumindest als ein Zeichen des Protests gegen die herrschenden Zuständen gewählt. Das Beispiel der FPÖ müßte allerdings für diese Parteien eine „Rute im Fenster" darstellen. Politisch werden nämlich ein Großteil dieser Kräfte den radikalen Anforderungen unserer Zeit nicht gerecht:

Van der Bellen – keine Lösung

Sowohl die PDS wie die KPF sind dabei, einen massiven Sozialdemokratisierungs–Prozeß durchzumachen. Sie sind beide (auf Länder- bzw. Bundesebene) in Regierungsverantwortung und tragen Sparmaßnahmen und Privatisierungen mit. Die Gefahr einer solchen Politik sieht man in Sachsen-Anhalt: Die PDS sitzt dort der Regierung. Unmut und Protest drückte sich dort nicht mehr links sondern im bisher größten Erfolg für die faschistische DVU (über 12% bei den Wahlen 1998) aus. Das Vakuum, welches die Sozialdemokratie hinterläßt, kann heutzutage nicht durch „traditionelle sozialdemokratische" Politik gefüllt werden. Linke Realpolitik bedeutet heute, daß selbst das Halten des Status quo (also z.B. kein Sozialabbau) in vielen Fällen beinharte Konfrontation mit dem Kapital bedeutet. Weitere Umgruppierungsprozesse in der Linken stehen an: In Frankreich hat ein Bündnis links von der KPF den Sprung ins EU-Parlament geschafft. Viele Menschen die entäuscht waren über die Zustimmung der KPF zu m NATO-Krieg gegen Jugoslawien und den Privatisierungen der Regierung gaben dem Bündnis ihre Stimme. In Irland stellt die Schwesterorganisation der SOV, die Socialist Party, einen Abgeordneten zum Parlament. In Italien spaltete sich die Partei der kommunistischen Neugründung (RC) in einen linken Teil der im wesentlichen die Mitgliederbasis repräsentiert und eine rechte Strömung rund um jene Ex-RC Parlamentsabgeordneten die den Sparkurs der Regierung unterstützen.

Wo setzen wir in Österreich an?

Der Aufstieg der FPÖ kann nur durch den Aufbau einer Partei und Bewegung links von SPÖ und Grünen gestoppt werden. Wir fangen dabei nicht „bei Null" an: Es gilt auch, die positiven Entwicklungen der letzten Jahre hervorzustreichen: Neben vielen internationalen Beispielen gehört dazu auch die Tatsache, daß eine Kraft, die zumindestens „Kommunistische Partei" heißt, acht Prozent in Graz erhielt, ebenso wie die Entwicklung einer innergewerkschaftlichen Opposition im öffentlichen Dienst (KIV), die breite Jugendbewegung gegen das Sparpaket, 650.000 Unterschriften

Schmidt – gelöst

für das Frauenvolksbegehren. Bezeichnend ist allerdings, daß sich aus all diesen Ansätzen keine „neue Formation" - also eine neue linke oder sozialistische Kraft - entwickelt hat und auch kaum eine Strömung existiert, die diese Frage auch nur anreißt. Hier wurden damit große Chancen vertan. Eine gewisse Ausnahme bildet hier jene Gruppe, die sich aufgrund der Stellung der Grünen zum NATO-Krieg von den Grünen in Oberösterreich abgespalten hat. Sie stellt sich offensiv die Frage einer neuen linken politischen Kraft in Österreich und gibt sich offen gegenüber anderen Strömungen. Die SOV strebt mit solchen Kräften eine „strategische Partnerschaft" auf gleichberechtigter Grundlage an.

nenpartei eintreten

Breite Zusammenarbeit

„Die Zusammenarbeit und der gemeinsame Kampf mit allen linken, sozialistischen und revolutionären Kräften (ist) ein weiteres zentrales Element der Arbeit der SOV" (SOV-Statut). Die SOV hat in diesem Punkt schon in der Vergangenheit ein hohes Maß an Flexibilität und Bündnisbereitschaft bewiesen: Wir waren 1996 bereit, gemeinsam mit der KPÖ unter deren Namen (!) zu kandidieren. Wir haben aktiv mitgewirkt am Aufbau der „Unabhängigen GewerkschafterInnen" und gegen die einseitige Ausrichtung dieser Fraktion in der GPA auf die Grünen (leider erfolglos) gekämpft. Wir arbeiten nun solidarisch als zweite politische Kraft neben der KPÖ im Gewerkschaftlichen Linksblock und versuchen dort für eine Verbreiterung und kämpferische Veränderung Impulse zu setzen. In gewissen Fragen ist uns in den letzten Jahren auch sehr breite und erfolgreiche Bündnisarbeit gelungen: z.B. gegen die Abtreibungsgegner von „Pro Life", sowie bei der Verteidigungskampagne für unser Mitglied Franz Breier jun., welcher vom ehemaligen Welser Bürgermeister Bregartner geklagt wurde.

Neue Praxis

In der Praxis besteht Zusammenarbeit allerdings immer weniger auf gemeinsamen Aktionen mit bestehenden politischen Organisationen, sondern in der Organisierung und Mobilisierung „neuer Schichten" – also Menschen, die bis jetzt noch nicht direkt politisch aktiv waren. Aufgrund der Struktur der SOV sind wir hier vor allem im Jugendbereich erfolgreich: Jugend gegen Rassismus (JRE) in Europa und die SchülerInnen Aktionsplattform (SAP) sind neue Organisationsformen für Jugendliche, die auf unsere Initiative zurückgehen.

Unser Ziel ist es, ähnliche kämpferische Strukturen in anderen Bereichen – etwa bei Arbeitslosen, Frauen und MigrantInnen – mitaufzubauen bzw. zu initiieren. Es gibt viele Beispiele in Europa, wo solche Kräfte ohne die Initiative von revolutionären Parteien und Organisationen entstanden sind und sehr erfolgreich für die Interessen der jeweils Betroffenen eingetreten sind. Erfolgreich waren sie vor allem dann, wenn sie sich nicht um „Sachzwänge und Budgetkonsolidierung", sondern um ihre unmittelbaren Interessen gekümmert haben. Eines der wichtigsten Beispiele dafür ist sicher die französische Erwerbslosenbewegung AC, die Restaurants stürmt, Arbeitsämter belagert und Massendemostrationen organisiert. So radikal diese Bewegungen oft im Auftreten sind und waren: früher oder später stehen aber alle diese Formationen vor der Frage, welche weiteren Perspektiven ihr Kampf besitzt.

„Realistisch sein - das Unmögliche fordern"?

SozialistInnen müssen natürlich die konkreten Fragen unserer Zeit aufgreifen: Etwa den Kampf gegen die sogenannte Globalisierung - also das Gegeneinanderauspielen von Standorten und Belegschaften. Gegen Arbeitslosigkeit und Rationalisierungsdruck durch die 30-Stundenwoche und weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn. Gegen die „Sparlogik" der Bürgerlichen, durch ein Aufzeigen, auf welchen Konten das fehlende Geld liegt....

Aber jeder einzelne Punkt könnte nur gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden und würde im Grunde auch die Grenzen dieses Systems angreifen und überschreiten. Unternehmer, die menschliche Arbeitskraft nicht immer stärker auspressen können, sind nicht in der Lage, ihre Profitraten zu halten bzw. zu steigern. Eine radikale Umverteilung von oben nach unten bedeutet, daß sie bisherige und künftige Profite nicht lukrieren könnten, ein geschlossener Widerstand gegen die „Globalisierung" schränkt die Entscheidungsgewalt des Kapitals entscheidend ein. All diese Maßnahmen sind aber notwendig, um heute gegen Probleme (Arbeitslosigkeit, Reallohnverluste und Sozialabbau) wirksam vorzugehen.

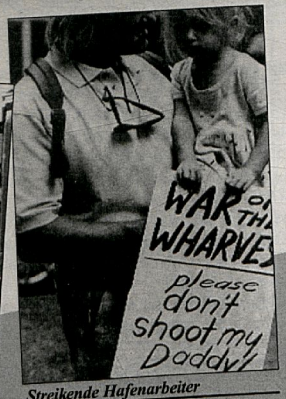
Es wäre unehrlich und unglaubürdig, nicht „auszusprechen, was ist": Nämlich, daß nur eine sozialistische Gesellschaftsveränderung die Klammer und Perspektive sein kann, die für jede Bewegung, die sich für die soziale Rechte einsetzt, bieten kann. „Irrealpolitisch" sind jene, die glauben, im Konsens mit den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen, durch bessere Politiker oder bessere politische Konzepte den jetzigen Lebensstandard breiter Bevölkerungsteile sichern und eine sozial gerechte Welt herstellen zu können.

Neue ArbeiterInnenpartei jetzt aufbauen!

Die SOV ist die einzige Kraft, die in dieser Weise versucht, bestehende Ansätze von Widerstand mit einer sozialistischen Perspektive zu verbinden. Sie ist wie oben beschrieben die einzige Kraft, die offene linke Bündnisarbeit, eine neue politische Praxis mit dem Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei verknüpft. Eine neue ArbeiterInnenpartei wird in den kommenden Jahren in Österreich und international nicht alleine mit den Kräften der SOV (bzw. des CWI – unserer internationalen Organisation) aufgebaut werden können. Wir sind aber der Überzeugung, daß wir durch unsere jetzige Arbeit mit die Voraussetzungen und Erfahrungen schaffen, auf denen eine solche Partei aufgebaut werden wird.

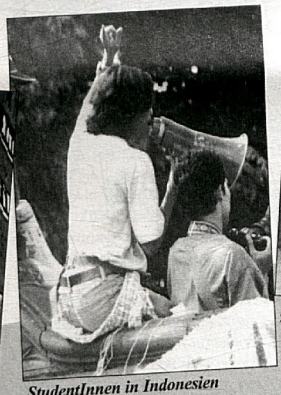
Die SOV sieht sich als offensives und derzeit einziges „Angebot" in dieser Richtung und wird versuchen, dieses auf möglichst vielen Ebenen politisch und praktisch zu formulieren. Die Angriffe und die Gegenwehr der kommenden Periode werden für viele Menschen noch stärker die Frage nach einer politischen Alternative aufwerfen. Es wird von der praktischen Rolle der vorhandenen sozialistischen Kräfte in betrieblichen Kämpfen, Jugendbewegungen, bei Wahlen und politischen Auseinandersetzungen abhängen, ob das Projekt „Neue ArbeiterInnenpartei" erfolgreich umgesetzt werden wird.

Euromarsch Demonstration



Streikende Hafenarbeiter

Kämpferischer CWI-Block


StudentInnen in Indonesien

SchülerInnen gegen Sozialabbbau

Ist die KPÖ die Partei die wir brauchen?

Gehmacher Michael SOV Wien-West

Die SOV war die einzige politische Kraft, die bei den EU und Nationalsratswahlen 1999 einen Wahlaufruf für die KPÖ formulierte. Da die KPÖ eine Bündniskandidatur verunmöglichte und die SOV beschloß, selbst nicht anzutreten, verblieb die KPÖ „als kleinstes Übel" – als einzige Möglichkeit auf der Wahlebene linken Protest gegen Sozialabbau und Rechtsruck auszudrücken.

Schweres Erbe

Das historische Erbe lastet nach wie vor auf dieser Partei: Der Zusammenbruch des Stalinismus 89/90 traf die KPÖ schwer, ideologisch und finanziell. Das KP-Firmenmonopol auf den Osthandel brach zusammen und die deutsche Treuhand sperrte die Konten von KP-Firmen in der ehemaligen DDR. Politisch hatte die KPÖ in der Vergangenheit jeden Schritt der KPdSU-Führung mit gemacht, was ins besondere 1956 und 1968 zu Einbrüchen bei den WählerInnenstimmen und zu Austritten von Parteimitgliedern führte. Der Stalinsmus war niemals eine revolutionäre Strömung. Er hat nicht nur organisatorisch die KPÖ ruiniert, sondern die Partei auch politisch auf einen nationalistischen Kurs festgelegt. „Immer für Österreich" - auf diesen Slogan ist die KPÖ bis heute stolz.

SPÖ-neu statt Kommunismus?

Beim Versuch, den Stalinismus zu überwinden, hat es die KPÖ nicht „geschafft", auf die auf die revolutionären Elemente des Marxismus zurück zu greifen. Vor allem in ihren Wahlprogrammen greift die KPÖ Konzepte auf, die sich an französischen Regierungspolitik und der PDS orientieren. Sie will den Menschen einen „gezähmten Kapitalismus" als Alternative anbieten und lebt in dem Widerspruch, in der österreichischen Gesellschaft als wesentlich linker gesehen zu werden, als ihre eigentlichen Konzepte sind.

Derzeit hat die KPÖ grob geschätzt 3.000 bis 4.000 Mitglieder, einige hundert davon aktiv, 34 GemeinderätInnen, 16 in NÖ, 13 in der Steiermark, 4 in Graz (sowie 1 Stadrat und 2 BezirksrätInnen) einen in Hallein. Der GLB, die Gewerkschaftsfraktion in der die KPÖ maßgeblich ist, hat derzeit ca. 190 Betriebsräte. Der Kommunistische Studentenverband hat seit '93 jede ÖH-Wahl gewonnen. Das was in Österreich an linker Polarisierung existiert drückt sich in einer gewissen Unterstützung für die KPÖ aus:

Dazu gehören die ÖBB-Personalvertretungswahl, bei der der GLB zweitstärkste Fraktion wurde, die Wahlsiege in Graz,...

Chancen nicht genutzt

Entscheidend ist allerdings, wie die KPÖ diese Chancen nutzt, bzw. genutzt hat. Bündnispolitisch ist sie gegenüber Kräften, „die aktiv werden oder sind", nicht in die Breite gegangen. Ideologisch steht sie entweder für eine gewisse linke Beliebigkeit oder linkssozialdemokratische Konzepte. Hinzu kommt der Irrglaube über entpolitisierte Wahlkämpfe, linke Politik machen zu können. Wenige Anzeichen sprechen derzeit dafür, daß die KPÖ bei der Herausbildung einer neuen Arbeiter-Innenpartei in Österreich eine zentrale Rolle spielen kann oder wird.

Ausstellung

Leben in der Platte

P2 ist nicht nur der Name einer rechten italienischen Geheimloge, sondern auch der „Fachausdruck" für die seit 1962 in der ehemaligen DDR zu tausenden errichteten Plattenbauten. Dem „Leben in der Platte" widmet sich eine Ausstellung im Wiener Volkskundemuseum zur DDR-Alltagskultur der 70er und 80er Jahre.

Martin Birkner
SOV Wien-Süd

Laut Statistik wohnte jedeR vierte DDR-BürgerIn in der Platte. Dem hohen Wohnungsbedarf wurde mit industrieller Fertigung begegnet. Vorgefertigte Module wurden in millionenfacher Auflage verwendet, was die Kosten für den Wohnungsbau drastisch reduzierte. Das wirkte sich letztendlich auch auf die Höhe der Mieten aus, welche in der DDR lediglich 2,9 % des Familieneinkommens ausmachten. Die Versorgung mit Fernwärme war überhaupt gratis. Die Schattenseiten des Plattenbaus waren u.a. die niedrige Raumhöhe, oft schlechte Verarbeitung der Baustoffe und letztlich das Beharren auf der Kleinfamilie bei der Gestaltung der Innenarchitektur. In vielen Aspekten verschwimmt der Unterschied zwischen DDR-Plattenbaustädten und z.B. der Großfeldsiedlung in Wien, obwohl die Ausstellung eigentlich die Besonderheiten der Plattenbauarchitektonik vermitteln will.

Alltagskultur der DDR

Abseits der architektonischen Aspekte widmet sich die Ausstellung vor allem der Alltagskultur in der früheren DDR. Die inhaltliche Gliederung erfolgt analog zur Raumaufteilung in einem P2-Plattenbau. Bei der Vermittlung des Alltagslebens in der DDR versucht die Ausstellung die Ambivalenz des stalinistischen Regimes darzustellen - allerdings auf ziemlich seltsame Art und Weise. Ein antikommunistischer Unterton schwingt bei vielen Texttafeln mit. Eine tiefere Auseinandersetzung mit der SED findet hingegen nicht statt, dabei wäre genau diese vonnöten, um den Charakter des Regimes (und auch mögliche sozialistische Alternativen) aufzuzeigen. Andererseits werden auch positive Errungenschaften des „Arbeiter- und Bauernstaates" nicht verschwiegen: Wohnraum für alle, ein hohes kulturelles Niveau - die DDR war das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Konsum an Büchern, ein ausgewogeneres Verhältnis zum eigenen Körper und zur Sexualität als im Westen etc.

Ohne Worte

In den einzelnen Räumen setzt sich die Ausstellung mit folgenden Themen auseinander: Im Vorraum mit dem sozialpolitischen Anspruch der DDR-Wohnbaupolitik, in der Küche mit der Reproduktionsarbeit, im Bad mit der Stellung der Frau. Das Kinderzimmer soll die Erziehungspolitik in der DDR reflektieren, das Wohnzimmer den Widerspruch(?) von Privatem und Öffenlichem und das Schlafzimmer setzt sich mit Ehe und Sexualität auseinander.

Der Eindruck, der in den einzelnen „Themenräume" erweckt wird, ist unterschiedlich: Vor allem bei frauenspezifischen Thematiken wird das oft konservative Frauenbild der DDR inhaltlich nicht kritisch behandelt. Die Doppelbelastung der DDR-Frauen in Beruf und Haushalt wird hingegen herausgestrichen, als ob das ein Spezifikum der DDR gewesen wäre. Dabei könnte mensch sich hierzulande z.B. von der Kindergartenversorgung noch einiges abschauen.

Auch der Sprachgebrauch der Ausstellung läßt auf ein nicht gerade fortschrittliches politisches Verständnis schließen: geschlechtsneutrale Schreibweise ist den Ausstellungsmachern Alexander Kubik und Wenzel Müller fremd, im Kinderzimmer findet sich gar eine „Negerpuppe". In der „Küche" mokiert sich die Texttafel über die engen Platzverhältnisse, die ja nur die Vorstufe zur totalen Vergesellschaftung der Hausarbeit und Eliminierung der Küche aus dem Wohnbild sein sollten. Na pfui! Das Volkskundemuseum wird sich von seinem angestaubten Image so jedenfalls nur schwer lösen können.

Warnung: Kommunismus!

Ansonsten gibt es viele wunderschöne Waren im „DDR-Design" zu sehen, von Seifen über TV-Geräte bis hin zu diversen Lebensmitteln und Parteiabzeichen. Schon beim Eingang wird jedoch davor gewarnt, in Nostalgie zu verfallen. Der Kommunismus war, ist und bleibt nämlich ein böser, und das dürfen wir auch angesichts all dieser wunderbaren Waschmittelkartons und Tempolinsenpackerln (nur 10 Minuten Kochzeit!) nicht vergessen. Na dann!

Die Ausstellung läuft noch bis 14. November 1999 im Österreichischen Museum für Volkskunde in der Laudongasse 15-19, 1080 Wien. Gespannt sein darf mensch auch auf die, an die Ausstellung gekoppelte, Filmwoche zur Alltagskultur in der DDR vom 5.-11. November. Nähere Informationen: 581 39 00-15.

Buchkritik

Achtung Falle

Wie wir bereits aus dem Titel erfahren können, dreht sich das Buch des Hamburger VSA-Verlags um die Frage, ob „Teilzeit" ein Weg aus der Krise am Arbeitsmarkt sein kann oder nicht. Die Palette der 16 Beiträge auf knapp 300 Seiten ist breit gestreut. Sie reicht von einer prinzipiellen Standortbestimmung des durchschnittlichen „Normalarbeitstages" über frauenspezifische Aspekte, bis hin zu mehr oder weniger konkreten nationalen Teilzeit- und Arbeitszeitverkürzungs- Initiativen.

Ali Kropf
SOV Wien-Süd

Dabei fällt sehr bald die wechselnde Verwendung der Begriffe „Teilzeit" und „Arbeitszeitverkürzung" auf. Was für den einen Autor „Arbeitszeitverkürzung" ist, ist für den anderen noch „Teilzeit" und umgekehrt. Es gibt also keine klare Abgrenzung und Definition dieser Begriffe. Doch genau das ist die „Gretchenfrage": Denn Teilzeit bedeutet die Reduktion der Arbeitsstunden bei gleichzeitiger Reduktion des Lohnes. Durch den Einkommensverlust wird also nicht Arbeit, sondern Arbeitslosigkeit umverteilt. Unter diesem Aspekt zeigt der Ruf nach „Teilzeit" sein wahres Gesicht – nämlich die Teilzeitfalle! Und in diese sind einige AutorInnen auch getappt. Zum Beispiel, wenn Teilzeit als Ansatzpunkt für eine gerechtere Verteilung der Hausarbeit gebracht wird, ohne die soziale Absicherung in Betracht zu ziehen. Und für viele bedeutet teilzeit-beschäftigt zu sein (alleinerziehende Mütter etc.) dann auch sozialen Abstieg. So wird nur marginal auf die „Spätfolgen" von Teilzeit, wie etwa einer geringeren Pension, eingegangen.

Auch überraschen viele Argumente der AutorInnen: Sie erinnern stark an jene der Wirtschaft. Wir lesen von besserer Ausnützung von Arbeitskraft und Maschinen, Bandbreitenmodellen, flexibleren Arbeitszeiten etc. etc. Es fragt sich also, nach wessen Bedürfnissen sich die AutorInnen orientieren - die der Wirtschaft oder der Beschäftigten?

Der dritte Abschnitt des Buches stellt den interessantesten dar und macht einiges wieder gut. Denn dort werden einzelne Teilzeit- und Arbeitszeitverkürzungsmodelle vorgestellt. Zwar auch abhängig von der/dem jeweiligen AutorIn, wird dort das US-Jobwunder, das dänische und holländische Modell, die 35-Stundenwoche Frankreichs und die ersten „Maßnahmen" (soweit man/frau sie überhaupt so bezeichnen kann) von Tony Blair unter die Lupe genommen und auch „entmystifiziert". Alles in allem ein durchaus lesenswertes Buch; einerseits ob des letzten Abschnitts und anderseits auch „mahnendes" Beispiel dafür, daß man, wenn man sich in der Frage von Arbeitszeitverkürzung auf die Argumentationslinie der Wirtschaft begibt, sehr schnell auch von dieser eingenommen wird und die für die Beschäftigten und die Gesellschaft wesentlichen Aspekte mehr oder weniger auf der Strecke bleiben.

Teilzeit - Lebensqualität trotz Beschäftigungskrise
Hg. Angestelltenkammer Bremen
VSA-Verlag Hamburg
ISBN 3-87-975-737-2

Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Re-

GEWERKSCHAFTS-STAMMTISCH:
Termine nach Rückfrage
...o";
.../ Mariahilfer Str.

...MTISCH
...lontag im Monat,
...erg"; 19 Uhr
...4

...ICH-WELS
...4 Uhr
...aktion erfragen

...ssismus in Europa

...g um 19 Uhr
...ke Dürergasse

...enum Wien Mitte
...m 19 Uhr
...7., Stiftgasse 8

Termine

~~15~~.10. um 19.00
20 „Schweden: Vom sozialdemokratischen Modellstaat zum neoliberalen Vorreiter"
mit Elin Gauffin (Schwedische Sektion des CWI)
7; Amerlinghaus, Stiftg.8

22.10. „Flexible Arbeitswelt - Moderne Sklaverei?" OG-Nord

22.10. „Die Russische Revolution 1917" OG-Süd

25.10. „Frauen und Obdachlosigkeit" mit einer Vertreterin der Zeitung Augustin Frauenstammtisch

25.10. „ÖGB-Wie weiter? GewerkschaftsStammtisch

26.10. „Nationalfeiertag: Das Bundesheer maschiert - wir nicht." Film: „Ich gelobe" OG-West

27.10. „Erziehung - zum Kuschen" OG-Mitte

Jetzt aktiv werden!
Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Wir sind aktiv gegen Sozialabbau und die rechte Scheinopposition der FPÖ. Die SOV tritt für den Aufbau einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein - für Sozialismus! Die SOV ist gemeinsam mit Organisationen in über 30 Ländern im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale organisiert.

Die SOV interessiert mich, ich möchte:
❒ zu Veranstaltungen eingeladen werden
❒ Mitglied der SOV werden

VORWÄRTS abonnieren!
- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:
Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:
❒ ein Normal-Abo (10 Nr. öS 200.-)
❒ ein Sozial-Abo (10 Nr. öS 100.-)
❒ Gewerkschaftszeitung "Die Einheit" (Jahresabo 4 Nummern öS 100,-)
❒ ....Stk Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

SOV

Neues aus dem CWI

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) – Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Australien

Wahlerfolg

Die australische Sektion des CWI, Militant Socialist Organisation (MSO) befand sich im Melbourner Stadtteil Richmond schon in der Vergangenheit im Brennpunkt sozialer Konflikte: bei der Besetzung des von Schließung bedrohten Richmond Secondary College, an der SchülerInnen und LehrerInnen gemeinsam beteiligt waren; bei der Community Campaign for Heroin Reform, deren Ziel es ist, daß Drogenkranken geholfen wird und sie integriert und nicht in die Kriminalität gedrängt werden.

Darüber hinaus engagiert sich die MSO in diversen Gewerkschaften, wie z.B. beim Streik der Hafenarbeiter im April 1998.

Bei den Wahlen im Bundesstaat Victory hat die MSO nun mit Stephen Jolly im Wahlkreis Richmond einen Kandidaten gestellt. Und mit 12,03 % (4208 Stimmen) das beste Ergebnis für einen unabhängigen Sozialisten seit dem Zweiten Weltkrieg erzielt!

Deutschland

Wahlkampf von Links

Die Politik der rot-grünen Regierung in Deutschland hat die Notwendigkeit für eine linke Alternative überdeutlich gemacht. Die SAV, die deutsche Schwesterorganisation der SOV, hat daher bei den vergangenen Kommunualwahlen in einigen Städten kandidiert. In Aachen lag ein Schwerpunkt auf der Arbeit unter den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (v.a. im Gesundheitswesen) wo auch einer der KandidatInnen, Holger Dröge, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung ist. Die 752 Stimmen (0,8%) reichten zwar nicht für einen Sitz im Stadtrat, der um nur 20 Stimmen verfehlt wurde, sind aber eine solide Basis für die weitere politische Arbeit in Aachen. In Köln kandidierte die SAV unter dem Motto „Streichen bei den Reichen statt sparen bei den Armen" auf der offenen Liste der PDS, die mit 2,1% auch in den Stadtrat kam.

Frankreich

Air France gegen Anti-Rassisten!

Armand Zvenigorodski, CWI-Mitglied in Frankreich, wird von Air France geklagt - er hatte gemeinsam mit anderen die Abschiebung eines „Sans papiers" (eines illegalen Immigranten) verhindert. Bei Verurteilung drohen fünf Jahre Haft und rund 250.000.- ats Strafe. JRE-Frankreich organisiert Solidarität.

Asien

Die Ruhe ist trügerisch...

Nach der tiefen Wirtschaftskrise in Südostasien 1997/98 ist nun scheinbar Ruhe eingetreten. Scheinbar - denn die japanische Wirtschaft steht nach wie vor auf wackeligen Beinen, China veröffentlicht geschönte Statistiken, zwischen Indien und Pakistan schweelen nationalistische Konflikte, in Indonesien erschießt die Polizei StudentInnen...

Sonja Grusch
SOV Wien-Nord

Die Berichte über Asien sind widersprüchlich - auf der einen Seite lesen wir, die Wirtschaft habe sich erholt, auf der anderen von enormen sozialen Problemen - die aktuelle „Erholung" findet zum größten Teil am Rücken der Bevölkerung statt. Durch die Krise wurden mindestens eine Million Arbeitsplätze vernichtet, mindestens 100 Millionen Menschen zusätzlich (!) in die Armut gestürzt. Jedes fünfte asiatische Kind zwischen 5 und 14 Jahren ist nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO gezwungen zu arbeiten.

Um von dieser Situation abzulenken, flüchten sich viele Regierungen der Region in Nationalismus. Der Konflikt um Kaschmir zwischen Indien und Pakistan, aber auch das Gemetzel in Ost-Timor, basieren auf solchen Ablenkungsmanövern. In Indien sind offiziell 35 Millionen Menschen arbeitslos, die Analphabetenrate erreicht mit 750 Millionen Menschen einen neuen Rekord und wenn die Menschen gegen diese Lebens- und Arbeitsbedingungen protestieren, sehen sie sich mit Terror konfrontiert. Im Juli wurden 17 ArbeiterInnen einer Tee-Plantage ermordet, weil sie für bessere Löhne und gegen die Diskriminierungen durch das Kastensystem protestierten.

In Indonesien ist die Situation nach den mehr oder weniger demokratischen Wahlen und der Abstimmung in Ost-Timor alles andere als stabil. Einerseits gibt es Konflikte zwischen verschiedenen VertreterInnen der herrschenden Klasse (eine der Ursachen für das Gemetzel in Ost-Timor). Andererseits sind die Forderungen der Bewegung von 1998 keineswegs erfüllt worden - ganz im Gegenteil geht der Staat nach wie vor mit scharfer Repression gegen demonstrierende StudentInnen vor.

In China versucht das Regime mittels geschönten Statistiken von der ernsten wirtschaftlichen und sozialen Situation abzulenken. Mehr als 100 Millionen Menschen sind (illegale) Wanderarbeiter, Schätzungen sprechen von rund 20 % Arbeitslosigkeit. Im 50igsten Jahr nach der Chinesi-schen Revolution von 1949 leben Millionen ChinesInnen in den Sonderwirtschaftszonen unter Bedingungen wie im 19 Jahrhundert. Die „Kommunistische" Partei versucht durch die chinesische Form des Übergangs zum Kapitalismus (langsamer als in Rußland), an der Macht zu bleiben und ihre Privilegien zu erhalten. Nicht zuletzt blüht in China auch die Korruption.

Asien ist und bleibt Krisenherd - die vielzitierte Erholung ist keine. Und wird deshalb die sozialen Probleme Asiens nicht einmal ansatzweise lösen können. Die herrschenden Zu- und Mißstände können nur durch Bewegungen wie jene die in Indonesien 1998 begonnen hat, geändert werden. Bewegungen, an denen sich die Mitglieder und Sektionen des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale in vielen asiatischen Ländern aktiv beteiligen!

Buchtip

Hintergrundinformation

Japan und die ostasiatischen Tigerstaaten sind lange als Modell der Zukunft verkauft worden. Mit dem Ausbruch der Asienkrise im Sommer 1997 sind die großmäuligen Propagandisten des Kapitalismus deutlich leiser geworden. Interessant hierzu das neue Buch der Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) in dem u.a. folgende Themen behandelt werden:

- Hintergründe & Ursachen der Asienkrise
- Japans Weg zur Wirtschaftsmacht
- Aufstieg und Fall des südkoreanischen Tigers
- Indonesien - ein bewegtes Jahrhundert

Arbeitsgruppe Marxismus
Hintergründe und Ursachen der Asienkrise
236 Seiten, 140 ATS / 20 DM, ISBN 3-901831-12-6

Ost-Timor

UNO bringt keine Freiheit!

Die Massenbewegungen in Indonesien letztes Jahr zwangen Diktator Suharto zum Rücktritt. Eine weitere Folge ist das am 30. August abgehaltene Referendum im seit 1975 okkupierten Ost-Timor. Das Ergebnis: bei fast 100 % Beteiligung ein überwältigendes Votum für ein Ende der Fremdherrschaft. Indonesien reagierte mit Terror, nun soll die UNO „Frieden schaffen".

Franz Breier
SOV Wien-Mitte

Nach dem Referendum begannen indonesien treue Paramilitärs in Zusammenarbeit mit der Armee Massaker an den Ost-TimoresInnen. Mindestens 20.000 wurden getötet, hundertausende in den Westteil der Insel vertrieben.

Nun soll eine UNO-Truppe unter australischer Führung für „Ruhe sorgen" – in Absprache mit den Mördern in Jakarta! Tatsache ist aber, daß die USA, Australien und andere imperialistische Staaten seit Jahrzehnten bestens mit dem indonesischen Regime zusammenarbeiten. Beim blutigen Militärputsch Suhartos 1965 ebenso wie 1975 bei der gewaltsamen Okkupation Ost-Timors. Auch heute noch werden indonesische Spezialeinheiten in Perth (Australien) ausgebildet! Menschenrechte werden von der herrschenden Klasse Australiens wie vom Rest der UNO-Staaten in Öl, Erzen etc. gemessen. Viele australische Unternehmen haben direkt Besitzungen und Beteiligungen in Indonesien!

Die UNO wird nicht für Menschenrechte und Selbstbestimmung kämpfen. Es geht für sie nicht darum, gegen die indonesischen Machthaber vorzugehen, sondern nach einem eventuellen Gang in die „Freiheit" zu gewährleisten, daß die Interessen des ausländischen Kapitals geschützt werden. Die gigantischen Ölvorkommen unmittelbar vor der Küste sind nur ein Argument!

Die UNO hat kein Interesse an einer Destabilisierung des strategisch immens wichtigen Partners Indonesien und erst recht nicht an einer möglichen Dynamik des Freiheitskampfes (inklusive Dominoeffekt auf ebenso öl- und mineralreiche Regionen wie Aceh und West-Papua).

Stärkung des Militärs

Daß das Referendum stattfand, war das Ergebnis der Bewegung der letzten Jahren. Die neuen (Megawati) und alten (Habibie) Herrschenden wollen aber den Einfluß über die Ressourcen Ost-Timors (Land und Öl) nicht aufgeben. Darüberhinaus fürchten sie die Auswirkungen auf andere Teile Indonesiens (Aceh und Irian Jaya), die ebenfalls Uanbhängigkeit wollen.

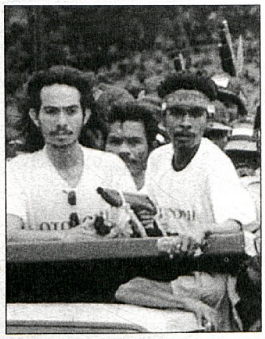
Ein weiterer Faktor sind die Machtkämpfe innerhalb der Herrschenden. Im Dezember finden Präsidentschaftswahlen statt und das Militär versucht durch die Politik in Ost-Timor die Ausgangsposition seines Kandidaten (Armeechef Wiranto) zu verbessern. Megawati Sukarnoputri, die Wahlsiegerin, potentielle neue Präsidentin und vom Westen als demokratische Erneuerin gefeiertes Liebkind, ist ebenfalls Teil der Groß-Indonesischen Front. Sie bezog klar Stellung gegen die Unabhängigkeit Ost-Timors. Es ist nicht auszuschließen, das Wiranto ihr Vize werden wird.

Keine Ruhe

Indonesien und Ost-Timor kommen nicht zur Ruhe! Die UNO-Truppen werden sich rasch Protesten seitens der hungerden Bevölkerung gegenübersehen. Die wichtigsten Führer der Unabhängigkeitsbewegung - Xanana Gusmao und Jose Ramos Horta - stehen auf Seiten der UNO. Da aber die wirtschaftliche Zukunft des Landes, nicht zuletzt wegen der fast völligen Zerstörung, alles andere als rosig ist, werden sie sich rasch mit Unzufriedenheit konfrontiert sehen.

In Indonesien sind die StudentInnen-Proteste neu aufgeflammt. Bei Demonstrationen gegen ein neues Gesetz, daß die Kompetenzen von Polizei und Armee drastisch erweitert, wurden mindestens zwei StudentInnen getötet. Die Menschen in Ost-Timor haben ein Recht auf Selbstbestimmung, ebenos wie jene in Indonesien auf ein Ende der Unterdrückung. Um beides zu erreichen ist nicht die UNO die Lösung, sondern Widerstand, Selbstorganisierung gegen die Ausbeuter und internationale Solidarität.

In Australien haben ArbeiterInnen aus dem Transport- (Hafen) und Telekommunikationsbereich Boykottmaßnahmen durchgeführt, z.B. wurden Flugzeuge davon abgehalten, nach Jakarta zu fliegen. Ein Beispiel, daß Schule machen sollte (hallo ÖGB)!



Die Gewalt geht weiter

Oktober 1999 Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS

Die linke Zeitung öS 8.-

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts Nummer 97

Arbeitszeit verkürzen

1997 wurde der Nationale Aktionsplan für Beschäftigung, kurz NAP, beschlossen. Könnte man der Zwischenbilanz der Sozialministerin Glauben schenken, so müßte man einstimmen in den Lobgesang vom österreichischen „Job-Wunder" – ein Großteil des Rückgangs in der Arbeitslosenstatistik geht jedoch auf Schulungsmaßnahmen zurück, während deren Dauer die Arbeitslosen aus der Statistik herausfallen.

Claudia Sorger
SOV Wien-West

Wenn diese Menschen nach einem Kurs dann tatsächlich vermittelt werden, dann stellt sich die Frage nach der Qualität des Arbeitsplatzes. Im Dienstleistungsbereich, wo die Hälfte des Beschäftigungswachstums stattgefunden hat, wurden drei Viertel der Arbeitsplätze von Frauen besetzt. Ein Großteil dieser neuen Jobs sind nur Teilzeitjobs. Dabei zeichnet sich der deutliche Trend zu schlecht bezahlten und ungesicherten Arbeitsverhältnissen ab, der vor allem Frauen betrifft.

Eine, die auch nicht ans Job-Wunder glaubt, ist Melitta Nicponsky, von „Amandas Matz", einer Beratungsstelle für erwerbslose und von Erwerbslosigkeit bedrohte Mädchen und junge Frauen. Sie hat uns von ihrer Erfahrung berichtet.

V: Was macht Amandas Matz?

M.N.: Zu uns kommen Mädchen und Frauen dann, wenn Entscheidungen anstehen oder auch bei Konflikten. Viele Mädchen und Frauen kommen auch, weil beim AMS kaum mehr Zeit ist, näher auf ihre Situation einzugehen.

V: Man hört immer öfter, daß die Beratungssituation im AMS (Arbeitsmarktservice) viel schlechter geworden ist. Was sind Deine Erfahrungen damit?

M.N.: Im AMS wird eine Massenabfertigung betrieben und dabei wird über die Existenzsicherung der Leute entschieden, zum Beispiel wenn es ihnen die Notstandshilfe streicht. Früher ist uns das eher begegnet bei erwachsenen Frauen und jetzt hab ich das auch schon vom AMS für Jugendliche mitbekommen.

V: Welche Konflikte gibt es hauptsächlich mit dem AMS?

M.N.: Ein wichtiger Konflikt ist, daß sich Mädchen oder Frauen arbeitssuchend melden wollen und dann sehr oft, sehr schnell abgewiesen werden oder sich abgewiesen vorkommen. Das heißt, sie kommen nicht einmal mehr zu einer dreiminütigen Beratung, um abklären zu können, ob das AMS für sie etwas anbietet oder nicht. Es passiert, daß bestimmte Unterlagen, die die Frau jedesmal mitschleppt nie wirklich angesehen werden und ihr dann aber zu einem späteren Zeitpunkt vorgeworfen wird, diese Unterlagen nie vorgelegt zu haben und sie dadurch zum Beispiel verdonnert wird, Zahlungen zurückzuerstatten.

Besonders schwierig ist es, wenn man eine geringe Berufsausbildung hat, zum Beispiel einen Lehrabschluß im Verkauf. Und das ist das, was mich an der Arbeitsmarktpolitik insgesamt ärgert, daß je geringer deine Qualifikation ist, desto weniger Unterstützung bekommst du, um in eine höhere Qualifikation zu kommen.

Schlechtbezahlte Teilzeitjobs: vor allem Frauen betroffen

V: Was sagst Du zum NAP?

M.N.: Was die Maßnahmen des NAP anbelangt, so wurde nur eines erreicht: nämlich aus dem Boden gestampfte Massenversorgungsbildungsbetriebe, ob das WIFI oder BFI ist. Die Erfahrungen der Mädchen sind unterschiedlich. Manche sind froh, daß sie irgendwo einen Platz haben. Aber, ob sie nach dem Jahr einen Lehrplatz finden, ist völlig offen. Die Jugendlichen werden oft von einem Betrieb zum anderen geschickt und die Betriebe nutzen das beinhart aus, um Hilfsarbeiter zu haben, für die sie nichts zahlen müssen. Und von Qualitätssicherung kann da keine Rede sein. Denn aufgrund der großen Anzahl der Leute, die sie da unterbringen müssen, mußten sie in kürzester Zeit Trainer für die Kurse finden, die oft überfordert sind. Und so ähnlich ist es beim Job-Coaching, beim sechs wöchigen Bewerbungstraining, im Frühjahr waren das 18.000 Arbeitslose, die da hineingeschickt wurden.

V: Der NAP ist vor zwei Jahren beschlossen worden. Wie siehst du die Auswirkungen auf die Arbeitslosenrate?

M.N.: Ja, also erstens sind die Leute in den Kursen und daher nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik. Es gibt auch Leute, die danach eine Arbeit gefunden haben. Die Frage ist nur, welche Art von Arbeit das ist. Ich bekomme hier im Matz mit, daß immer mehr Frauen von Arbeitsplätzen kommen, wo sie Werkverträge hatten, Honorare, befristete Dienstverhältnisse, solche Dinge. Also, wenn die meisten in schlechter qualifizierten und ungesicherten Jobs unterkommen, dann ist die ganze Aktion in Frage zu stellen.

V: Wie schätzt du die weitere Entwicklung ein, was müßte getan werden?

M.N.: Wenn die Politik die Verantwortung zum Thema Erwerbslosigkeit weiter nur auf die Arbeitslosen abwälzt, dann heißt das eine weitere Verschärfung der Maßnahmen. Es muß diskutiert werden über die ökonomische Situation. Und es muß diskutiert werden über Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der Arbeit, auch der Aufteilung der Familienarbeit auf Männer. Es müßte politisches Ziel sein, die Unternehmer zu zwingen, für die Arbeitsplätze ordentliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse müssen gestrichen werden

Was wir wollen

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000.- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko"-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftsystem und für den Sozialismus kämpfen.

Tel.: 01-524 63 10 – Fax: 01-524 63 11 – e-mail: sov@gmx.net